



Niederschrift

9. Plenarsitzung des Gemeinderates
29. April 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 2 der Tagesordnung: Eckpunkte sowie Vorgehensweise zum Haushaltssicherungsprozess –
4. Stufe
Vorlage: 2025/0292**

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 8. April 2025 von den Ausführungen zur 4. Stufe der Haushaltssicherung Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 8. April 2025.

Das ist eine Informationsvorlage. Sie haben jetzt auch noch den aktuellen Diskussionsstand über die sogenannten Verwaltungsanträge zur Kenntnis bekommen. Damit wollen wir Sie beteiligen an dem unter großem Zeitdruck hier auch innerhalb der Verwaltung stattfindenden Prozess der Haushaltssicherung, Schritt 4, und damit der Vorbereitung des Doppelhaushaltes 26/27. Wir hatten ja in der Hauptausschusssitzung auch noch einmal über den Zeitplan gesprochen. Da hatten wir vereinbart, dass wir Ihnen da noch einmal alternative Vorschläge machen, sodass Sie mehr Zeit bekommen, sich als Fraktionen vorzubereiten und vor allem auch mit den konkreten Kürzungsvorschlägen auseinanderzusetzen. Mir ist am Ende vor allem wichtig, dass wir im Jahr 25 den Doppelhaushalt auch noch verabschieden, denn ich glaube, das ist auch in der Öffentlichkeit wichtig zu wissen, was ab 01.01. für verschiedene Dinge an Geld zur Verfügung steht. Wir haben das bisher immer geschafft, es sogar im November noch hinzukriegen, dass selbst die Genehmigung durch die Aufsichtsregierung, durch das Regierungspräsidium im alten Jahr noch erfolgen konnte. Das wäre weiter ein schönes und wichtiges Ziel. Aber wie gesagt, wir machen Ihnen ein paar Vorschläge, und dann gucken wir mal, wo wir uns da, ich hoffe, im Konsens verständigen können.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Es pfeifen die Spatzen von den Dächern, dass wir eine erhebliche Anspannung im Haushalt in Karlsruhe haben. Es ist auch klar, dass das keine

Karlsruher Besonderheit ist, sondern die Kommunalfinzen insgesamt in Baden-Württemberg und ganz Deutschland erheblich unter Druck sind. Wir haben jetzt hier ganz in der Nähe die Stadt Baden-Baden als ein mahnendes Beispiel mit dieser derzeitigen Situation, wo die Stadt möglicherweise innerhalb des Jahres 2025, Baden-Baden dann nicht mehr in der Lage sein wird, die laufenden Ausgaben zu decken. Und da ist natürlich ganz klar, keine Kommune möchte in eine solche Lage kommen, dass sie nicht mehr die laufenden Ausgaben decken kann. Und ich will jetzt gar nicht auf Baden-Baden zeigen, die haben es nicht richtig hingekriegt, das kann ich überhaupt nicht beurteilen. Aber wir sehen natürlich, wie dringend und wichtig es ist, dass wir eben auch hier diese Anstrengung unternehmen, dass wir gut unsere Verpflichtungen jedes Jahr decken können, dass wir eben einen soliden Haushalt aufstellen. Und deswegen möchte ich mich auch bei der Verwaltung und auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt bedanken, dass in der Vergangenheit..., es ist ja nicht die erste Runde. Sie hatten gerade schon einen leichten Zahlendreher, ob es nun drei oder vier Runden sind, die wir jetzt hier machen.

Also wir sehen, wir sind schon eine ganze Weile dabei, das wird immer angespannter, und die Ausgabeesparungen, die wir nun erreichen müssen im Ertragshaushalt, sind erheblich. 80 Millionen, das ist eine ganze Menge. Natürlich könnte man naja, das ist ja im Durchschnitt weniger als 10 Prozent, das könnte ja noch gehen. Aber es ist ja nicht das erste Mal, das ist ja die vierte Runde. Also der Gürtel ist ja schon sehr eng geschnallt, und es wird jetzt bedeuten, dass die Stadt Leistungen und Aufgaben einschränken wird. Und die Bürgerinnen und Bürger werden das spüren, aber es werden auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und auch der städtischen Gesellschaften deutlich höhere Anspannungen erleben. Das sind Zumutungen, die wir als Gemeinderat jetzt den Menschen abverlangen müssen, und das bedauere ich. Wir tun das nicht leichten Herzens, aber wir sehen keinen sinnvollen anderen Weg, das zu tun. Wir als GRÜNE-Fraktion gehen diesen Weg konstruktiv mit und wollen eben alles tun, dass wir dann zu einem guten Ergebnis kommen. Und wesentlich ist dabei für uns, eine lebenswerte Stadt zu erhalten, für die Bürgerinnen und Bürger eine soziale Stadt zu erhalten und eben auch eine grüne Stadt zu erhalten, eine Stadt, in dem eben der Zusammenhalt und das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger weiterhin gut gewährleistet ist. Mit dieser Maßgabe werden wir uns an dem Einsparungsprogramm dann beteiligen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich möchte mich auch zuerst wirklich bei der Verwaltung, bei der Kämmerin, bei der Finanzbürgermeisterin bedanken. Ich denke, diese Aufgabe, die ist ja nicht vergnügungssteuerpflichtig, sondern das ist wirklich etwas, was eine sehr schwierige Geschichte ist, zumal sie auch so komplex ist, dass sie in der Regel auch nur schwer verstanden wird. Aber wir sind natürlich in diese Situation nicht ganz unverschuldet reingekommen. Wir haben seit Jahren auch schon immer wieder gemahnt, in welche Richtung es geht. Haupttreiber ist sicherlich auch, dass Bund und Länder ihren Verpflichtungen auch hier nicht nachkommen. Es werden Aufgaben aufgebürdet, und dann kommen aber die fehlenden Komplementärfinanzierungen nicht oder nicht in der Höhe, wie wir sie in dem Fall auch bräuchten. Von daher denke ich, dass wir jetzt einfach auch in eine Situation gezwungen werden, die wir einfach gehen müssen. Denn ansonsten, das Schlimmste, was uns passieren könnte, wäre, dass wir dieses Königsrecht, wie man so schön sagt, über den Haushalt verlieren und dass wir vom Regierungspräsidium eben den Haushalt dann vorgegeben bekommen. Ich denke, dass jetzt hier auch mit der haushaltspolitischen Sperre der erste Schritt gegangen wurde. Aber das Große, sage ich einmal, dieser große Schritt kommt natürlich in der Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes, wo wir ganz andere

Summen bewegen müssen. Ich möchte aber wirklich auch noch einmal den Finger hier bei uns und auch im ganzen Rathaus in die Wunde legen. Wir haben einfach in den letzten Jahren hier auch mit wechselnden Mehrheiten Entscheidungen getroffen. Wir haben uns Standards auferlegt, die wir einfach jetzt überdenken müssen. Wir müssen Aufgaben, wie der Kollege Cremer schon gesagt hat, zur Diskussion stellen und müssen uns von denen auch dann wieder verabschieden. Und da möchte ich auch noch einmal ganz klar differenzieren. Da rede ich jetzt nicht von den Investitionen nur, sondern vor allem vom Ergebnishaushalt. Denn der Ergebnishaushalt ist seit Jahren überzeichnet, und hier müssen wir einfach versuchen, in die richtige Richtung wieder zu kommen. Und das sehe ich ein bisschen anders als der Kollege Cremer. Wir müssen nicht den Menschen etwas abverlangen draußen, sondern auch uns. Und wir müssen auch hier unsere Verwaltung mitnehmen, dass auch hier klar wird, dass es so wie bisher nicht weitergeht. Und da müssen auch im Bereich der Planungen und im Bereich der Aufgaben einfach Einschnitte gemacht werden.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Es ist schon sehr frustrierend, dass wir hier quasi jede zweite Sitzung über unseren Haushalt sprechen müssen, und das, obwohl wir uns in den letzten Jahren ja wirklich viel abverlangt haben. 80 Millionen haben wir eingespart, jetzt noch einmal 50 Millionen durch die Haushaltssperre. 90 Millionen haben wir eingespart, und jetzt kommen noch einmal 80 Millionen on top. Und es ist schon auch ziemlich müßig, darüber zu diskutieren, wer die Schuld trägt. Ist es jetzt die schlechte konjunkturelle Lage in Deutschland, ist es Bund und Land, die uns zu viel aufbürden? Oder ist es der Gemeinderat, der zu großzügig war in den letzten Jahren? Am Ende ist es eine Kombination aus allem, und jeder kann für sich festlegen, wer mehr schuld ist. Aber am Ende bringt es uns alle nicht weiter, sondern wir müssen jetzt das tun, was wir in den letzten Jahren schmerzhaft gelernt haben, und das ist es, Geld zu sparen. Was uns natürlich ein bisschen Angst macht im Vergleich zu den anderen Sparrunden, ist, dass die niedrig hängenden Früchte jetzt wirklich abgeerntet sind. Also es geht jetzt um die dicken Bretter. Und das macht die Entscheidung natürlich viel, viel schwieriger, die wir treffen müssen, weil wir wissen, dass es Entscheidungen sind, die wesentlich weitreichender sind, als es die bisher vielleicht waren.

Für uns ist es wichtig, dass wir dafür genug Zeit haben. Wir hatten bei den letzten Sparrunden sehr viel Zeit. Wir haben viel vorberaten in den Ausschüssen. Wir hatten Zeit, mit der Bürgerschaft in den Dialog zu gehen, auch mit denen, die es unmittelbar betrifft. Und der skizzierte Zeitplan, so wie er in der Vorlage skizziert ist, der zeigt eben diesen zeitlichen Raum nicht auf. Wir haben es ja schon diskutiert, und ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Obermeister, dass Sie es gerade auch noch einmal gesagt haben, dass wir im Hauptausschuss schon auch uns auf den Weg gemacht haben, eine Lösung zu finden, wie der Zeitplan vielleicht auch etwas anders ausgestaltet werden kann. Für uns ist es vielleicht noch einmal wichtig, heute auch die Amtsleitung und die Dezernentinnen und Dezernenten zu adressieren und zu sagen, je früher Sie mit Ihren Maßnahmen..., auch wenn sie vielleicht noch nicht final sind und noch nicht durchgerechnet sind und noch nicht perfekt geprüft und hinterlegt sind, kommen Sie auf uns als Fraktion zu. Wir laden Sie ein zu runden Tischen, wo wir einfach schon mal anfangen können, darüber zu diskutieren. Denn eins ist klar, es wird sicherlich unterschiedliche Meinungen geben, wo wir sparen sollen und wo nicht. Aber unser Ziel sollte es sein, dass wir wieder so, wie wir es in der letzten Sparrunde gemacht haben, mit einem großen, breiten Bündnis die meisten Maßnahmen durchkriegen, dass wir uns hier nicht zerfleischen und diesen Kampf dann nach außen tragen, weil das würde dem Frieden in diesem Haus so nachhaltig schaden, dass die Arbeit in den nächsten Jahren sehr schwierig wird. Aber ich möchte noch einmal die Wendung schaffen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir das hinbekommen. Ich bin zuversichtlich, dass wir es mit der Verwaltung im Schulterschluss hinbekommen und möchte die Bereitschaft der SPD noch einmal zum Ausdruck bringen und mich bedanken.

Stadtrat Dr. Noé (FDP/FW): Wir steuern auf einen heißen Sommer und heißen Herbst zu, nicht nur wetter- und klimatechnisch draußen, sondern auch hier in unserer politischen Arbeit. Denn diese weiteren 80 Millionen im Ergebnishaushalt einzusparen, das wird ein Kraftakt werden. Wir haben Probleme auf der Ausgabenseite, wir haben sie aber auch auf der Einnahmeseite. Und man vernimmt, dass der Präsident des Städtetags Baden-Württemberg mit deutlichen Worten auf Land und Bund zeigt. Ja, da hat er recht. Manchmal muss man auch deutliche Worte wählen, um Gehör zu finden. Das kenne ich. Man muss dann natürlich auch mit der Kritik und dem Gegenwind umgehen. Nichtsdestotrotz, es gibt ein massives Ungleichgewicht zwischen den Bestellern der Ausgaben, die beim Bund und beim Land sitzen, und den Kommunen die sie letztlich erbringen müssen. Aber auch auf der Einnahmeseite haben wir ein Problem. Beim kommunalen Anteil an der Einkommensteuer und an der Gewerbesteuer schlagen die strukturellen Probleme unseres Landes voll durch. Die Bürger haben daher bei der Bundestagswahl eine Wirtschaftswende gefordert und mehrheitlich auch gewählt. Was wir jetzt im Programm der designierten Regierungskoalition sehen, ist eher kraftlos. Mit alten Mehrheiten riesige Sonderschulden, was wird davon hier in der Kommune ankommen und vor allem wann? Es hilft nichts. Wir werden unsere Hausaufgaben, unseren Haushalt hier in Karlsruhe selber machen müssen, und wir werden das auch tun.

Es vergeht kein Tag, wo man draußen im Zusammenhang mit knappen Haushalten schon wieder hört, man könnte ja die Steuern im kommunalen Umfeld erhöhen. Wir als FDP/Freie Wähler sagen ganz klar, Hände weg vom Gewerbesteuerhebesatz und Hände weg von der Grundsteuer hier in Karlsruhe. Die Hausbesitzer sind schon genug belastet, und unsere Unternehmen brauchen Luft zum Wachsen. Dann zahlen sie auch wieder mehr Gewerbesteuer. Meine Fraktion ist daher sehr gespannt auf die Vorschläge aus den Dezernaten und den Ämtern, die derzeit erarbeitet werden. Wir werden im Herbst Entscheidungen treffen müssen, die wehtun und die lang gehegte und liebgewonnene Finanzströme in unserer Stadt auch infrage stellen werden. Meine Fraktion ist bereit für eine konstruktive Aufgaben- und Stellenkritik, und wir werden auch eigene Vorschläge einbringen.

Stadträtin Döring (KAL): Dankbarerweise haben wir heute nur eine Informationsvorlage vorliegen, und diese nehmen wir dann auch zur Kenntnis, mehr aber auch nicht, denn inhaltlich stellen sich uns dann doch noch zu viele Fragen. Und es ist eben nur eine Informationsgrundlage, ein Eckpunktepapier. Wir haben einen groben Überblick bekommen über die Einsparsummen, die von einzelnen Dezernaten erbracht werden sollen. Wie sich die konkreten Summen dann aber eben am Schluss zusammensetzen sollen, ob die Verteilung zwischen den Teilhaushalten so bleiben kann oder soll oder wird, welche Einsparmaßnahmen getroffen werden sollen, das wissen wir heute noch nicht. Das sind aber am Ende entscheidende Informationen für uns. Denn welche Maßnahmen stecken da konkret dahinter und welche Schwerpunkte will die Verwaltung setzen? Und wir würden uns auch Informationen wünschen, welche Bereiche der einzelnen Teilhaushalte gesetzliche Pflichtaufgaben sind, die auch eine direkte Kompensation durch Land und Bund bekommen, und wie hoch tatsächlich die Anteile der freiwilligen Leistungen sind. Denn erst wenn wir die Informationen haben, können wir ja in die Diskussion gehen, sind wir politisch bereit, die

vorgeschlagenen Maßnahmen mitzugehen. Und welche Schwerpunkte möchte denn dieser Gemeinderat setzen?

Meiner Fraktion bereitet das vorliegende Papier auf jeden Fall jetzt schon Bauchschmerzen. Ganz konkret sehen wir nicht, wo wir 5 Millionen im Kulturhaushalt einsparen sollen, ohne damit die Existenz auch lang etablierter Kultureinrichtungen zu gefährden. Wir fragen uns, ob wir es uns leisten können, knapp 6 Millionen bei den Schulen einzusparen. Und wir fragen uns, wie die Sozial- und Jugendbehörde 20 Millionen einsparen soll, bei all den Pflichtleistungen, die in diesem Haushaltsteil stecken. Viel wissen wir also noch nicht über die Haushaltssicherungsstufe 4, und wir sind zuversichtlich, dass wir da in den nächsten Wochen und Monaten ein bisschen mehr Informationen bekommen. Eins ist allerdings sicher, und der Kollege Hofmann hat es schon gesagt, vergnügungssteuerpflichtig wären die Beratungen am Ende des Jahres sicher nicht, vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich hoffe, wir haben niemanden übersehen. Es ist eine Informationsvorlage. Ich nehme die angebotene unterstützende Begleitung bei der Aufstellung und der Vorbereitung der politischen Entschlüsse als Verwaltung natürlich gerne auf. Und wir müssen gucken, wie wir in einem atmenden System durch das Jahr kommen. Also wir können nicht warten, bis immer alles hundertprozentig fertig ist, dann haben wir zu viel Zeit verloren. Und so müssen wir gucken, dass wir das möglichst frühzeitig miteinander ausdiskutieren. Nicht, dass wir am Ende einen super Haushaltsentwurf machen, der 90 Millionen oder 80 Millionen einspart, und Sie kürzen es dann alles wieder an Einsparungen raus, dann haben wir auch nichts davon. Es muss so atmen miteinander. Aber vielen Dank für die gemeinsam auch hier deutlich werdende Verantwortung, die wir alle spüren. Und ich glaube, was wir auf keinen Fall wollen, ist, dass uns am Ende jemand die Regie aus der Hand nimmt. Ich glaube, spätestens da sind wir uns alle einig, gut, herzlichen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
22. Mai 2025